© Coloures-Pic – stock.adobe.com

„Bei der Honorarverteilung muss es gerecht zugehen“

Ernst Binner über seine Arbeit als Referent für das Prüfwesen

Der Vorstand der KZVB wird bei seiner Arbeit von ehrenamtlichen Referenten unterstützt, die wir Ihnen im BZB vorstellen. Für diese Ausgabe sprachen wir mit Ernst Binner, der Referent für das Prüfwesen ist, über seine Ziele.

BZB: Warum engagieren Sie sich in der zahnärztlichen Selbstverwaltung?
Binner: Ich bin ein sehr politischer Mensch. Die Rahmenbedingungen für unsere Berufsausübung hängen ganz erheblich von Entscheidungen des Gesetzgebers ab. Das erleben wir gerade durch die Wiedereinführung der Budgetierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die wird sich besonders dramatisch auf die Versorgung im ländlichen Raum auswirken. Gerade angesichts der aktuellen Rekordinflation.

Ich bin selbst niedergelassener Zahnarzt in Straubing und war lange Zeit Vorsitzender der KZVB-Bezirksstelle Niederbayern sowie des ZBV Niederbayern. Deshalb weiß ich, dass der Erhalt der flächendeckenden Versorgung eine riesige Herausforderung ist. Allerdings hat die Selbstverwaltung durchaus einen gewissen Spielraum, den wir nutzen können und müssen. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung als niedergelassener Zahnarzt und Standespolitiker kenne ich die dazu notwendigen Ansatzpunkte. Dieses Wissen will ich in meine Arbeit einbringen.

BZB: Das Prüfwesen sorgt bei den Zahnärzten nicht für große Beliebtheit. Warum ist es trotzdem notwendig?
Binner: Klar ist: Die überwiegende Mehrheit der Kollegen rechnet wirtschaftlich ab. Aber es gibt unter den Zahnärzten ein paar wenige schwarze oder graue Schafe, die sich auf Kosten der Gesamtheit zu viel aus dem gemeinsamen Honorartopf nehmen. Damit schaden sie anderen Kollegen. Im Rahmen des Sachleistungsprinzips schuldet der Zahnarzt nicht die bestmögliche Versorgung; nicht das, was medizinisch machbar ist, sondern eben nur eine ausreichende, zweckmäßige und erforderliche Behandlung. Wer nicht erforderliche Leistungen zulasten des Budgets abrechnet, handelt nicht nur unkollegial, er schadet dem Berufsstand. Dies muss aus Sicht aller Zahnärzte Folgen nach sich ziehen. Und es ist besser, wenn wir das innerhalb der Selbstverwaltung regeln, als Dritte damit zu befassen. Dabei gilt es, die Balance zu halten. Die Krankenkassen stellen viele fragwürdige Anträge, durch die sich unsere Mitglieder zurecht gegängelt fühlen. Hier ist es Aufgabe der zahnärztlichen Vertreter in den Gremien, unberechtigte Rückforderungsanträge zurückzuweisen. Maßgeblich ist nicht die Höhe einer Abrechnung, sondern ob es gute Gründe für die Abweichung einer Abrechnung vom Landesdurchschnitt gibt. Fairness innerhalb des Berufsstandes sowie im Umgang der KZVB mit ihren Mitgliedern ist mein Anspruch.

BZB: Auswertungen der KZVB zufolge rechnen MVZ und insbesondere iMVZ pro Fall deutlich mehr ab als Einzel- und Gemeinschaftspraxen. Woran könnte das Ihrer Meinung nach liegen?
Binner: Ich bin der KZVB-Verwaltung dankbar, dass sie diese Zahlen ermittelt hat. Das sind wichtige Argumente gegenüber den politisch Verantwortlichen. Gerade der bayerische Gesundheitsminister

Klaus Holetschek hat das Thema iMVZ ja auf die bundespolitische Agenda gebracht. Er kennt die Zahlen der KZVB und weiß auch, dass iMVZ kaum einen Beitrag für die Versorgung im ländlichen Raum leisten. Ganz im Gegenteil: Die jungen Kolleginnen und Kollegen, die sich für eine Tätigkeit in einem iMVZ entscheiden, fehlen uns als Gründer oder Übernehmer von Bestandspraxen. Es ist eine wichtige Aufgabe der KZVB, dafür zu sorgen, dass es bei der Honorarverteilung gerecht zugeht. Das muss auch für MVZ gelten. Wenn die Abrechnung nicht plausibel ist, haken wir nach. Außerdem kann es nicht sein, dass große Organisationseinheiten statistisch kaum prüfbar sind, während Einzelpraxen mit einem oder mehreren Behandlern bei den Krankenkassen deutlich häufiger statistisch auffallen. Das liegt an den geringeren Fallzahlen.

Ernst Binner ist KZVB-Referent für das Prüfwesen.

BZB: Die Politik misst der Qualitätssicherung einen immer höheren Stellenwert bei. Was bedeutet das für das Prüfwesen und für die Zahnärzte?
Binner: Die bayerischen Zahnärzte müssen die neuen Richtlinien zur Qualitätsprüfung und Qualitätssicherung nicht fürchten. Sie liefern Tag für Tag Spitzenqualität. Das belegt unter anderem die sehr geringe Zahl von Mängelgutachten. Gemessen an der Gesamtzahl der Behandlungen liegt sie im Promillebereich. Leider werden uns viele Richtlinien übergestülpt, die eigentlich für den stationären Bereich gedacht sind. Das ist in erster Linie mit viel zusätzlicher Bürokratie verbunden, weil es sich ja überwiegend um Dokumentationsprüfungen handelt. Mein dringender Appell lautet deshalb: Dokumentieren Sie alle Behandlungsschritte, damit sie im Fall einer Prüfung auf der sicheren Seite sind.

BZB: Die Niederlassungsbereitschaft geht zurück. Liegt das auch an den vielen Prüfungen?
Binner: Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sicher schreckt auch die Bürokratie Kolleginnen und Kollegen von der Selbstständigkeit ab. Die Wiedereinführung der Budgetierung dürfte den Trend zur Anstellung weiter befördern. Es gibt aber auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, auf die die Standespolitik keinen Einfluss hat. Das Streben nach einer guten Work-Life-Balance gibt es ja nicht nur bei Zahnmedizinern. Und generell zieht es junge Leute aktuell mehr in die Stadt als in den ländlichen Raum. Diesen Trend umzukehren, ist eine riesige Herausforderung, zu der wir als zahnärztliche Selbstverwaltung unseren Beitrag leisten müssen.

BZB: Welche Schwerpunkte wollen Sie in Ihrer Arbeit setzen?
Binner: Wie schon erwähnt, ist es mir wichtig, dass es bei der Honorarverteilung gerecht zugeht. Die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung wird sich auf absehbare Zeit nicht entscheidend verbessern. Angeblich arbeitet man im Bundesgesundheitsministerium bereits an einem weiteren Kostendämpfungsgesetz. Umso wichtiger ist es, dass die Selbstverwaltung funktioniert und Fehlverhalten sanktioniert wird. Wer sich mehr aus dem Honorartopf nimmt, als ihm zusteht, schadet damit den ehrlichen Kollegen und verschärft die Budgetproblematik. Das dürfen wir nicht akzeptieren.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier.

ANZEIGE